



ÖSTERREICHISCHER  
PRESSERAT

Senat 1

**MITTEILUNG MEHRERER LESERINNEN UND LESER**

*Der Presserat ist ein Verein, der sich für verantwortungsvollen Journalismus einsetzt und dem die wichtigsten Journalisten- und Verlegerverbände Österreichs angehören. Die Mitglieder der Senate des Presserats sind weisungsfrei und unabhängig.*

*Im vorliegenden Fall ist der Senat 1 aufgrund mehrerer Mitteilungen von Leserinnen und Lesern tätig geworden und hat seinen medienethischen Standpunkt geäußert. Die Medieninhaberin des Magazins „weekend MAGAZIN Wien“ hat sich der Schiedsgerichtsbarkeit des Presserats unterworfen.*

Mehrere Leserinnen und Leser kritisieren die Titelseite der Ausgabe Nr. 11 des „weekend MAGAZIN Wien“ vom 10./11. Juni 2016 sowie den dazugehörigen Artikel „Österreich gegen Ungarn – Autoritärer Fußballstaat“.

Die Titelseite zeigt anlässlich des EM-Spiels Österreich – Ungarn den österreichischen Bundeskanzler Kern und den ungarischen Ministerpräsidenten Orban im Profil, beide mit der jeweiligen Fahne auf der Wange. Die Schlagzeile auf der Titelseite lautet „GUT GEGEN BÖSE“, wobei das Wort „gut“ bei Kern und das Wort „böse“ bei Orban angeführt ist. Die Unterzeile lautet: „Österreich gegen Ungarn: mehr als ein Spiel“.

Im dazugehörigen Artikel „Österreich gegen Ungarn – Autoritärer Fußballstaat“ wird berichtet, dass Österreich und Ungarn sich seit Beginn der Flüchtlingskrise „nicht mehr grün“ seien und Kern „Ungarn sogar in die Nähe eines ‚autoritären Führerstaats‘“ gerückt habe. Orban sei der „bad guy“ in Europa, der Ungarn nach Ansicht vieler „EU Granden“ in einen autoritären Staat verwandle. Danach wird zuerst kurz drauf eingegangen, dass Ungarn ähnlich wie Österreich längere Zeit im Fußball wenig erfolgreich gewesen und die Euphorie deshalb entsprechend groß sei. Besonders habe sich Orban gefreut, da er ein großer Fußballfan sei, der Fußball bei seinem Amtsantritt 2010 zu einer nationalen Angelegenheit gemacht habe. Eine halbe Milliarde Euro – zum Großteil Steuergelder – habe er in den Sport investiert. So habe er in seinem Heimatort, einem 1800-Einwohner-Dorf, um 12,4 Millionen Euro ein Stadion für 4000 Leute bauen lassen. Dies habe er über Oligarchen finanziert, denen speziell für solche Projekte

ein Teil der Gewinnsteuer erlassen worden sei. In Budapest sei für 45 Millionen in das Stadion von Ferencváros investiert worden, dessen Präsident ein „Fidesz“-Mitglied sei, und dort bekomme man nur ein Jahresabo, wenn man die Hand auf einen Venenscanner lege, wobei laut Autor Orbán damit „den oft von aktiven Fußball-Fans ausgehenden Regierungsprotest im Keim ersticken“ wolle. Darüber hinaus soll 2018 ein neues Nationalstadion für 320 Millionen eröffnet werden. Auch sei die Sportförderung komplett umgestellt worden, und 2013 habe Orbáns Privatstiftung, unter der auch eine Fußballakademie beheimatet sei, etwa so viel Förderung bekommen, wie der gesamte ungarische Eishockey-Verband. Offenbar wolle Orbán nach dem Motto „Brot und Spiele“ seine Macht erhalten.

Die Leserinnen und Leser kritisieren, dass die Berichterstattung eine Verunglimpfung des ungarischen Ministerpräsidenten, der ungarischen Nationalmannschaft und des ungarischen Volkes sei. Die Darstellung sei einseitig und die Recherche mangelhaft. Obwohl die Kritik zwar zulässig sein möge, müsse der Bericht im Kontext des Fußballspiels gesehen werden, das als Kampf „Gut gegen Böse“ aufbereitet sei und Ungarn als „das Böse“ hingestellt werde. Der Artikel versuche, Orbán aufgrund seiner Vorliebe für Fußball in ein negatives Licht zu rücken. Der Artikel sei auch deshalb verletzend, weil Fußball in Ungarn einen besonderen Stellenwert habe und mit einem Nationalsport gleichgesetzt werden könne. Ungarn solle damit herabgesetzt und verächtlich gemacht werden.

***Der Senat hat beschlossen, in diesem Fall kein selbständiges Verfahren einzuleiten.***

Nach Meinung des Senats ist hier das EM-Spiel Österreich – Ungarn der Anlass, sich kritisch zur Politik Orbáns im Allgemeinen und zu dessen Sportförderungs politik im Speziellen zu äußern. Es wird berichtet, dass der Fußballsport und dessen Förderung in Ungarn durch Orbáns Interessen und Politik stark beeinflusst seien und dabei nicht alles ganz „sauber“ ablaufe. Auf das EM-Spiel selbst wird im Artikel nicht weiter eingegangen.

Den Orbán-kritischen Artikel am EM-Fußballspiel Österreich – Ungarn aufzuhängen, mag unglücklich gewählt sein. Der Fokus des Berichts liegt jedoch klar auf der ungarischen Politik. In einer Gesamtbetrachtung bezieht sich die Wertung „Gut gegen Böse“ in erster Linie auf die beiden Politiker Kern und Orbán. Orbán wird dann auch im Text negativ dargestellt, „der sich genüsslich über so manche EU-Richtlinien hinweg“ setze und „nach Ansicht vieler EU-Granden drauf und dran ist, Ungarn nicht zuletzt durch die Verabschiedung eines umstrittenen Mediengesetzes in einen autoritären Staat zu verwandeln.“

Politische Kritik ist von besonders großem Interesse für die Gesellschaft. Lebendige politische Debatten sind für die Demokratie wichtig; im Bereich der Politik reicht die Meinungsfreiheit daher besonders weit. Politikerinnen und Politiker genießen in der Folge weniger Persönlichkeitsschutz als Privatpersonen. Dies ist auch damit zu rechtfertigen, dass Politikerinnen und Politiker bewusst die Öffentlichkeit suchen. Jeder ihrer Auftritte steht unter genauer und kritischer Beobachtung – nicht nur

durch die Medien, sondern auch durch die Öffentlichkeit (siehe die Entscheidungen 2011/44 – B; 2014/194).

Im Rahmen des politischen Diskurses ist es möglich, auch harte Kritik zu üben. Mit anderen Worten dürfen in einer offenen und demokratischen Gesellschaft die politischen Akteure auch harsch bewertet werden, insbesondere dann, wenn sich die Bewertung auf deren Amtsführung oder deren verfehlte Förderungspolitik bezieht.

Der Senat hat keine Anhaltspunkte dafür, dass die im Artikel geäußerte Kritik ungerechtfertigt ist, weil sie auf unwahren Behauptungen beruht.

Eine Verunglimpfung der ungarischen Nationalmannschaft und des ungarischen Volkes als solches erkennt der Senat in der vorliegenden Berichterstattung nicht. Der Senat räumt allerdings ein, dass hier auch eine sensiblere und weniger plakative Herangehensweise möglich gewesen wäre.

Österreichischer Presserat

Senat 1

Vors. Dr. Peter Jann

12.07.2016